



und sonstigen Materials, ganz besonders auch bei Quartalsabrechnungen, müssen manche Poststellen einhalb Duzentmal an ihre Pflicht erinnert werden. Damit wird viel Zeit und Geld verschwendet, dann aber auch trägt die mangelhafte Verwaltung einer Zahlstelle sicherlich nicht zu deren Emporblühen bei. Auch die kleinste Zahlstelle muß, was innere Verwaltung angeht, tadellos in Ordnung sein.

Nicht an letzter Stelle werden unsere geführten Lohnbewegungen und die dabei zu Tage getretenen Erscheinungen ausgiebig besprochen werden müssen. Der Verband darf jedenfalls mit Stolz behaupten, daß er trotz der wirtschaftlich ungünstig hinter sich liegenden Zeit viel im Interesse der Kollegen geleistet hat. Sache des Verbandstages wird es ferner sein, jene Maßnahmen zu beraten, die erforderlich sind, um auch in der nachfolgenden Zeit die Interessen der Kollegenschaft in der bestmöglichen Weise vertreten zu können.

Die neubelebende aufstrebende Konjunktur bedingt sicherlich ein kampfreiches Leben. Es wird deshalb auch notwendig sein, daß Mittel und Wege gefunden werden, um den Verband materiell besser vorwärts zu bringen, ihm einen stärkeren Kampffonds zu sichern. — Höhere Unterstellungen zu fordern, ohne darnach zu fragen, woher die Mittel genommen werden sollen, ist sicherlich im Interesse der Gesamtheit nicht zu billigen. Denn dadurch würde die Kampffähigkeit des Verbandes schließlich berührt geschwächt, daß er seine Hauptaufgaben, die Erhaltung und Erhaltung guter Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr erfüllen könnte. Das wird sicherlich kein Verbandsmitglied wollen, sondern alle dürfen von dem Gefühl durchdrungen sein, ihn kampfs- und leistungsfähig zu erhalten.

Mit diesen wenigen Andeutungen wollen wir uns heute begnügen. Die Veröffentlichung der bereits eingegangenen Anträge sowie die des Zentralvorstandes erfolgen in nächster Nummer. Wir bitten um eine rege Mitarbeit, ersuchen jedoch mit Rücksicht auf den beschränkten Raum, alle Zuschriften in kurzer, klarer Form zu fassen und recht viele brauchbare Anregungen zu liefern.

## XI. Verbandstag des sog. Buchbinderverbandes.

Der sog. Buchbinderverband konnte mit seiner diesjährigen Tagung in Erfurt gleichfalls das 25 jährige Jubiläum des Bestehens mit einem Mitgliederbestand von 25000 feiern. In seinem Geschäftsbericht setzte sich der Verbandsvorsitzende Klott mit aller Schärfe mit der Leitung des Vorsteuerverbandes auseinander. Diese Streitigkeiten sollen wegen unklarer Agitation, die der Vorsteuerverband unter den Gewerkschaftern betreiben soll, entstanden sein. Von dem Vertreter des Vorsteuerverbandes, Weinschild, wurden die Klott'schen Darlegungen entschieden widerstritten, doch sollen die Zwistigkeiten der beiden Verbände in einer engeren Konferenz verhandelt werden.

Im Jahre 1890 hatte der V.-B. nach fünfjährigem Bestehen 3000, zwei Jahre später 2752 Mitglieder, sodas von der Gründung ab bis zum 7 jährigen Bestehen der Mitgliederzuwachs nur ein Mehr von 252 ausmachte. Nach 10 jährigem Bestehen (1895) betrug die Mitgliederzahl 8871, 1896 8021, 1899 7681, 1902 10207, 1906 16787 und 1907 21200. Nach der Berufszählung von 1907 waren von 43 160 männlichen Arbeitern 12359 und von 29 219 beschäftigten Arbeiterinnen 8841 im Buchbinderverband organisiert. Das sind männlich 28,6 Proz. und weiblich 30,1 Proz., von den Gesamtberufsangehörigen 29,2 Proz.

Am Schlusse des Verbandstages 1909 betrug der Vermögensbestand 549 474 Mk. Es muß unumwunden zugestanden werden, daß man es in dieser Organisation,

trotz vollständigem Aufbrauch der Zentralkasse im Jahre 1909, innerhalb kurzer Zeit verstanden hat, wieder eine derartige respektable Summe aufzuspeichern.

Diese hohe Opferfreudigkeit im gegnerischen Lager ist allerdings auch eine unbedingte Notwendigkeit, denn nur durch einen Riesenkampfund wird die im kommenden Jahre in eine so ungünstige Zeit fallende Tarifrevision aufriedenstellend überbrückt werden können. Der Buchbinderverband ist an 82 Tarifparagrafen interessiert. Die Verhandlungen begannen am Montag, den 13. Juni, im Gewerkschaftshause zu Erfurt. Außer den Vertretern des Verbandes, Redaktion und des Ausschusses, waren 82 Delegierte, davon 3 weibliche vertreten. Die übrigen der Generalkommission angehörigen Verbände, sowie der österreichische Buchbinderverband waren durch ihre Vorstände vertreten. An der Diskussion zum Geschäftsbereich beteiligten sich 23 Redner. Eine starke Erregung will eine Flaubeit in der Schreibweise der „Buchbinderzeitung“ erkannt haben, die beseitigt werden müsse. Der Standpunkt des Organs zur Kaiserfeier sei rückständig, es dürfe nicht gebremst werden im Organ. Viel schärfer müsse es die Christlichen und die politischen Zmede, denen sie dienen (?) bekämpfen. Das Organ müsse stärker den Klassenstandpunkt hervorheben und in markanten Zügen die jeweilige politische Situation beleuchten. — Redakteur Michaelis trat diesen Strömungen entgegen und bemerkte u. a.: „Im Kampfe gegen die Christlichen sei auch Waghaltigkeit erforderlich. Die Kollegen, die mehr gegen die Christen geschrieben haben wollen, möchten die Redaktion mehr mit tatsächlichen Material, wie mit langen theoretischen Artikeln über die Bewegung versorgen.“

Also die Buchbinderzeitung ist nicht radikal genug, sie muß sich also noch mehr an den Ton und die Schreibweise der „Leipziger Volkszeitung“ gewöhnen. Wir glauben aber, daß sie schon seit Jahren mit voller Berechtigung den Untertitel führen könnte: „Organ zur Pflege der sozialdemokratischen Phrase und zur Bekämpfung alles dessen, was nicht auf die sozialdemokratischen Theorien schwört.“ In bezug auf das Verlangen schärferer Bekämpfung der Christlichen freuen wir uns, von autoritativer Seite zu hören, daß die Genossen mit Tatsachenmaterial aufwarten sollen. Wissen doch die Genossen selbst, daß sie nur mit unbewiesbaren Verleumdungen gegen uns auftraten und an Hand von Tatsachenmaterial nichts gegen uns unternehmen können.

Ueber Jugendorganisation referierte Harber-Berlin. Eine von ihm dem Verbandstage unterbreitete Resolution wurde gegen 1 Stimme angenommen. Derselbe empfiehlt die Förderung der Jugendbewegung, sowie die Auffklärung der Lehrlinge und jugendliche Arbeiter über die Bestrebungen der Organisation als eine der nächstliegenden Aufgaben. Derselben sollen Vorträge über die Jugend interessierende Fragen, insbesondere über fachtechnische Angelegenheiten, sowie über Zweck und Ziele der gewerkschaftlichen Organisation gehalten werden. In denselben Orten wo nur wenig Berufsangehörige als Lehrlinge u. in Frage kommen, sollen die Lehrlingsveranstaltungen von allen Gewerkschaften gemeinsam und da, wo viele der eigenen Berufe vorhanden, von den Poststellen selbständig, in die Wege geleitet werden.

Die Lehrlinge sollen sich im letzten Jahre der Lehre der Organisation anschließen und die jugendlichen Arbeiter möglichst noch früher. Für beide Katorgorien soll der Beitrag der ersten Klasse, für jugendliche bis zum 10. Jahre, für Lehrlinge bis zur Beendigung der Lehre mit allen Rechten gelten.

Um die obligatorische Einführung, bezw. Ablehnung der Invalidenunterstützung soll leidenschaftlich für und wider debattiert worden sein. Die obligatorische Einführung wurde mit 37 gegen 87 Stimmen abgelehnt.

Doch soll eine Urabstimmung mit den Mitgliedern der höchsten Beitragsklassen stattfinden und bei Stimmenmehrheit die Einführung nach dem Vorkandidatentwurf am 1. Oktober erfolgen. Als Beitrag zur Invalidenunterstützung sollen 15 Pf. pro Mitglied und Woche erhoben werden.

Die Festsetzung von Pflichtbeiträgen für Unterstützungsempfänger wurde mit 40 gegen 27 Stimmen abgelehnt. Eine von Klott eingebrachte Resolution über Taktik bei Lohnbewegung wurde angenommen. Die Anträge zur Erhebung des Reichstagsgedankens wurden dem Vorstand zur Ermägung überwiegen, beschließen die taktische Forderung auf Sommerurlaub. — Der Verbandstag nahm einstimmig einen Antrag an, der die Zahlstellen verpflichtet, möglichst an allen Orten graphische Kartelle zu gründen, um auf diese Weise den Boden für den Industrieverband vorzubereiten. Ferner eine Resolution, die den Vorstand beauftragt, an die Vorstände der sog. graph. Organisationen heranzutreten und die Frage eines Industrieverbandes energisch weiter zu betreiben.

Die Beitragsfrage wurde wie folgt geregelt: I. Kl. 20 Pf., II. Kl. 35 Pf., III. Kl. 50 Pf., IV. Kl. 80 Pf. Wenn jedoch in der Urabstimmung die Invalidenunterstützung zu Falle kommt, tritt an Stelle des 30 Pf. Beitrags der 70 Pf. Beitrag in Kraft. Die I. und II. Kl. gilt für weibliche Mitglieder, die III. und IV. für männliche und steht diesen beiderseits frei, welche Klasse sie wählen wollen. Die I. Klasse gilt auch für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter bis zu 16 Jahren. In die II. Beitragsklasse dürfen nur solche männliche Mitglieder treten, die nicht über 15 Mk. pro Woche verdienen.

Die Arbeitslosenunterstützung ist die alte geblieben. In der Kranken- und Hinterbliebenen-Unterstützung sind Änderungen eingetreten.

## Rundschau.

**Revelar.** Am 16. Juni wurde von der Firma Bugon & Berder eine Festeier für die Angefertigten arrangiert, um 10 Arbeitern für langjährige treue Dienstleistung, die vom Papierindustrieverein gefiterte Ehren diplome, zu überreichen. Der älteste der Jubilare ist 19 1/2 Jahr, der jüngste 15 Jahre bei der Firma beschäftigt. Nach dem Reuelar Volksblatt soll die Festeier einen sehr schönen Verlauf gehabt haben. Auch schließt man auf Grund einer so großen Zahl von Jubilaren auf ein einiges Verhältnis zwischen Prinzipalität und Arbeiterchaft.

Wir können uns nicht der gleichen Ansicht unterziehen, zumal uns bekannt ist, daß ein großer Teil der bei der Firma Bugon & Berder beschäftigten Buchbinder anders denkt, sich aber nicht getraut, berechtigete Wünsche und Klagen laut werden zu lassen, da sonst das „gute“ Einvernehmen zu ihrem eigenen Nachteile sich zeigen würde. In der Reuelarer Buchindustrie kommt fast nur einheimisches Personal in Frage, welches sich zum größten Teil an die Scholle gebunden glaubt. All das, was der Arbeitgeber nicht gerne will und gar verbietet, wird ängstlich, wenn auch mit Groll vermieiden. Wenn irgend in einem Geschäftsbetrieb von einem guten Einvernehmen zwischen Prinzipalität und Arbeiterchaft mit Recht gesprochen werden kann, dann dort vor allen Dingen das Recht der Koalition, dem als Wahlfest in Betracht kommenden Arbeiterteile, nicht vorenthalten werden. Die Buchbinderkollektivität von Revelar, sie führt das auf ihr lastende Unrecht der Entzuehung, aber sie hat bis jetzt noch nicht wieder den Mut gefunden, sich aufzuraffen, sondern sügt sich, wenn auch mit Groll den Anordnungen ihres Arbeitgebers. Könnte doch trotz der allgemeinen Verteuerung der Lebensbedürfnisse und an und für sich äußerst geringen Löhnerhältnissen, die Firma Bugon & Berder vor kurzem ihrem Personal eine ganz bedeutende

## König Alkohol.

Trotz aller Bestrebungen und Maßnahmen staatlicher und privater Kreise, die den Zweck haben, den übermäßigen Alkoholgenuß, den Alkoholismus, einzudämmen, schwingt in unserm deutschen Vaterlande König Alkohol noch immer in hohem Grade seinzepter. Im „Reichs-Arbeitsblatt“ (1910 Nr. 9) hat kürzlich wieder auf Grund der neuesten Zahlen das Reichsarbeitsamt eine internationale Statistik über den Alkoholismus aufgemacht. Diese hat im allgemeinen ergeben, daß im Weltkreis der Völker das deutsche nicht zu denen gehört, bei denen etwa wenig getrunken wird. Und vergleicht man den Alkoholismus in Arbeiterfamilien mit demjenigen in anderen Berufsständen, so ist er hier ein ziemlich beträchtlicher und erhebt sich wesentlich über das Maß dessen, was dort unter sonst gleichen Einkommensverhältnissen verbraucht wird. Für alle Bevölkerungsschichten jedoch zusammengenommen, dürfte in Deutschland die gesamte jährliche Ausgabe für alkoholische Getränke noch wie vor auf nahezu drei Milliarden M. zu veranschlagen sein, also immer noch mehr als doppelt soviel wie sämtliche Ausgaben für Feuer und Marine, mehr als viermal soviel wie die Aufwendungen für die gesamte Arbeiterversicherung und etwa fünfmal soviel als die Ausgaben für die öffentlichen Volksschulen betragen.

Wie nun der Alkoholismus auf das Arbeitsverhältnis einwirkt, über die Zusammenhänge zwischen Alkoholismus und Krankheiten sowie Sterblichkeit hat soeben das Reichsarbeitsamt unter Mitwirkung des Reichlichen Gesundheitsamts auf Grund des Materials der Ortskrankenkassen für Leipzig und Umgebung eine umfassende Sonderuntersuchung angestellt und vor kurzem veröffentlicht („Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgebung“, Berlin 1910, Carl Heymanns Verlag, 4 Bände). Die Untersuchung erstreckt sich auf über 1 1/2 Millionen Personen, die ein Jahr lang unter Beobachtung standen und als Mitglieder der Leipziger Ortskrankenkasse der Arbeiterbevölkerung angehörten.

Unter der Gesamtheit der 952 674 männlichen Versicherungspflichtigen wurden 4847 Alkoholiker (=0,52%) festgestellt. Bei diesen „Alkoholikern“, Leuten, die im Verlauf ihrer Krankheitsgeschichte zu unmäßigen Trinkern wurden, stellte sich zunächst heraus, daß sie sehr viel häufiger ihre Stellung und Beruf wechselten, als die Allgemeinheit der männlichen Arbeiter. Und zwar war dieser Stellenwechsel bei den Alkoholikern namentlich im Alter zwischen 35 und 54 Jahren mehr als doppelt so häufig wie bei der Allgemeinheit. Die gleiche Erscheinung zeigte sich auch hinsichtlich des Berufswechsels. Nimmt man an, daß ein Trinker bis zu einem Jahre vor dem Tage, an welchem er als Alkoholiker von Ärzten bezeichnet wurde, den gewöhnlichen Alkoholverbraucher zu zurechnen ist, teilt man demnach seine Krankheitsdauer durch diesen Zeitpunkt in zwei Teile, so ergibt sich folgendes:

Es entfielen auf je einen Einzelalkoholiker im 1. Zeitschnitt im 2. Zeitschnitt

Stellenwechsel . . . . .	8,5	10,4
Berufswechsel . . . . .	1,3	3,5

Es entfiel durchschnittlich auf eine Arbeitsstelle: Beschäftigungsdauer . . . 144 Tage 113 Tage

Es entfiel durchschnittlich auf einen Beruf: Beschäftigungsdauer . . . 908 Tage 334 Tage

Der Gegenatz zwischen dem Arbeiter, der zwar Alkohol trinkt, aber noch nicht alkoholkrank ist, und dem eigentlichen Alkoholiker tritt somit scharf hervor. Noch mehr zu ungünstigen der letzteren müßte naturgemäß ein Vergleich zwischen dem abstinente Arbeiter und dem Alkoholiker ausfallen.

Der gleiche Unterschied zwischen übermäßigen Trinkern und gemäßigten Alkoholverbraucher tritt auch hinsichtlich des Gesundheitszustandes hervor. Wird die obige Zweiteilung der Krankheitsdauer der Alkoholiker beibehalten, so ergibt sich, daß im Durchschnitt bei jedem von ihnen im ersten Zeitschnitt auf 100 Risikotage nur 2,1 Krankheitsstage kommen. Das ist nicht wesentlich ungünstiger als bei den jüngeren Altersklassen der Allgemeinheit, wo sich das Verhältnis in der Altersstufe 15/19 auf 1,7, 20/24 auf 1,8, 25/29 auf 2,0 stellte. Im zweiten Zeitschnitt entfallen dagegen bei den Einzelalkoholikern auf

100 Risikotage 12,6 Krankheitsstage, obwohl es sich bei ihnen überwiegend um Leute in mittleren Jahren handelte (86,9 Proz. von ihnen waren zwischen 25 und 54 Jahre alt), das ist mehr als bei der höchsten Altersstufe der Allgemeinheit. Hier stellte sich nämlich die Verhältniszahl der Krankheitsstage in der Altersstufe 30/34 auf 2,3, 35/39 auf 2,6, 40/44 auf 3,0, 45/49 auf 3,4, 50/54 auf 4,0, 55/59 auf 4,7, 60/64 auf 5,7, 65/69 auf 7,6, 70/74 auf 9,5, 75 und darüber auf 11,1. Durch den übermäßigen Alkoholgenuß hatten also diese Männer ihren anfänglich befriedigenden Gesundheitszustand so verborben, daß sie trotz ihres mittleren Lebensalters eine höhere Krankheitsdauer zeigten als die 75 jährigen und älteren Kreise der Allgemeinheit. Auch die Sterblichkeit erweist sich bei den Alkoholikern als bedeutend höher im Vergleiche zur Allgemeinheit. Stellt man der letzteren die 4847 „Alkoholiker“ gegenüber, d. h. alle Fälle, in denen ein Alkoholiker ein Jahr beobachtet wurde, so zeigt sich, daß bei den letzteren die Sterblichkeit in der Altersstufe 25/34 2,3 mal, 35/44 2,9 mal, 45/54 2,2 mal, 55/64 1,2 mal, 65/74 1,8 mal so hoch war als bei der Allgemeinheit. Kechnlich ungünstig für den Alkoholiker stellen sich die Unfallzahlen, was ja auch des öfteren schon festgestellt und leicht erklärlich ist.

Danbar soll anerkannt werden, daß es den vereinten Kräften staatlicher und privater Hilfe bereits gelungen ist, dem König Alkohol manches Gebiet freitrag zu machen. Unzweifelhaft ist die Mäßigkeitsbewegung im Vormarsch begriffen. Aber noch findet sie immer nicht die hinreichende Unterstützung der Kreise, in denen der Alkoholismus im Verhältnis am meisten verbreitet ist, der Arbeiterchaft, obwohl auch hier speziell die Gewerkschaften bereits eine bemerkenswerte Aufklärungsarbeit geleistet haben, der es auch an Erfolgen nicht gefehlt hat. Sie haben die Erfahrungen gemacht, daß die Arbeiter, die am tiefsten im Alkoholismus stehen, für die Gewerkschaften am wenigstens zu haben sind. In dem Maße aber, wie sich die Arbeiterchaft vom König Alkohol freimacht, trägt sie zur Hebung des eignen Standes bei und erweist nicht zuletzt auch ihren gewerkschaftlichen Zielen den größten Dienst!

**Lohnverschlechterung bieten.** — Um ein wirklich gutes Verhältnis zwischen Prinzipalität und Arbeiterschaft zu erzielen ist es notwendig, daß der Revolezier Arbeitereschaft das gesetzlich gewährleistete Recht, sich zu organisieren, von ihrem Arbeitgeber nicht vorenthalten wird. Hoffen wir, daß der bisherige Standpunkt im Prinzipalitätslager der Revolezierer Buchindustrie ein den Zeitverhältnissen Rechnung tragender und gerechter wird, aber auch andererseits die Arbeiterschaft die Stärke im Zusammenhange erkennt und sich geschloßen, der einen gerechten Ausgleich anstrebenden Organisation, dem christl. graph. Verbände anschließt.

**Die Disziplin der Arbeiter beim Kampfe im Baugewerbe** war auch bei der verlangten außerordentlichen Opferwilligkeit anzutreffen. Bekanntlich haben nicht nur die Ausgesperrten für die ersten 14 Tage des Kampfes keine Unterstützung erhalten, sondern wurden auch durch Generalversammlungsbeschlüsse die Unterstützungsätze nicht in der Weise ausbezahlt, wie das Statut dieses vorsah. Die in Arbeit bleibenden Mitglieder wurden verpflichtet, pro Tag der Aussperrung einen Extrabeitrag in Höhe eines Stundenlohnes zu leisten. Die Ausgesperrten haben den Maßnahmen gar keinen Widerstand entgegengesetzt und auch die in Arbeit bleibenden organisierten Bauarbeiter haben durchweg ihre Pflicht erfüllt und Disziplin geübt. Die wenigen aber die glaubten, sich „drücken“ zu können, werden nach Beendigung des Kampfes doch herangeholt. Die letzte Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter erklärte nämlich:

Die 7. außerordentliche Generalversammlung nimmt mit Befriedigung Kenntnis von der Solidarität und dem Opferfinn der Mitglieder, welche sich bei der diesjährigen Bewegung durch Zahlung der Zuschlagsbeiträge so recht bewährt haben. Sie beauftragt deshalb den Zentralvorstand, eine Erinnerungsmarke an die Ausgesperrten anfertigen zu lassen, und allen Mitgliedern, welche bei diesem Kampfe ihre Verpflichtungen erfüllt haben, eine solche sowohl in das Mitgliedsbuch, wie auch in die Legitimationskarte unentgeltlich einzulegen. Zu diesem Zweck hat der Zentralvorstand nach Beendigung der Bewegung sämtliche Mitgliedsbücher und Legitimationskarten einzugliedern.

In Befolgung des Grundgesetzes „Gleiche Rechte, gleiche Pflichten“, beschließt die Generalversammlung weiter, daß diejenigen Mitglieder, welche ihre Zuschlagsbeiträge nicht in vollem Umfange geleistet, oder in einer anderen Form gegen die Solidarität verstoßen haben, diese Erinnerungsmarke nicht erhalten, bis sie ihren Verpflichtungen nachgekommen sind. Mitglieder, welche ihre Zuschlagsbeiträge bis zum 16. Juli 1910 gar nicht, oder nicht vollständig entrichtet haben, fallen unter die Bestimmungen des § 17, Abs. 3, und sind bei Unterstützungsanträgen genau diesem Paragraphen zu behandeln.

**Der § 17, Abs. 3 lautet:** Wer die rückständigen Beiträge voll nachzahlt, tritt nach einer Wartezeit von drei Monaten wieder in seine alten Rechte ein. Während der Wartezeit gilt er als neu aufgenommenes Mitglied. So ist's recht; Disziplin muß sein. Wer bei einem solchen Kampfe, wie er sich im Baugewerbe abspielte, keinen Opfermut zeigt, verdient wirklich, daß er nicht anders behandelt wird, als wie es der Bauarbeiter bestmöglichst.

**Partei und Gewerkschaft.** Der Vorwärts Nr. 132 9. Juni 1910 schreibt zu dem Versuch, in Italien nach dem Vorbild der englischen „Labour Party“ eine von der sozialdemokratischen Partei gelöste Arbeiterpartei zu bilden, die dann die Wahl selbständiger Gewerkschaftskandidaten zur Folge haben würde, im Leitartikel folgende in verschiedener Beziehung wertvolle Darlegung:

„Und der Erfolg dieser von einigen besessenen Gewissen so hochgepriesenen Taktik? Die Abtrennung der Arbeiterbewegung von der sozialistischen Partei, der nur die Wahl bleibt, abzutreten oder zu einer politischen Seite zu erklären, die den Arbeitern als eine Partei erscheint wie jede andere kapitalistische Partei mit all deren Fehlern. In Deutschland dagegen war die Verbindung von Arbeiterbewegung und Partei, von Gewerkschafts- und politischer Bewegung nie inniger als jetzt. Die marxistische Taktik, deren oberste Richtschnur das Interesse der Arbeiterbewegung und nicht als dieses ist, hat verhütet, daß die Trennung der Arbeiter vom Sozialismus auch nur ein möglicher Gedanke ist. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind bei uns nur verschiedene Ausdrucksformen derselben Arbeiterbewegung mit verschiedenen Funktionen, aber mit demselben Geiste erfüllt. Daß es so geworden und daß es so bleibt, das ist die Folge der stetigen prinzipiellen marxistischen Aufklärung der Massen.“

Wichtig ist, daß das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft ein sehr inniges ist und beide Faktoren sich einig sind in dem zu erstrebenden Ziele. Daß aber die marxistische Aufklärung der Massen diese Einigkeit herbeiführte, dürfte eine schwer zu bemessende Behauptung sein. Wichtig wird wohl sein, daß der als Marxismus gebaute denksaule Kapitalismus der soziald. Massen, von den reaktionären Gewerkschaftsführern richtig eingeschätzt und nicht für gefährlich gehalten wird.

**Die Vorwärtsschwärze und christliche Gewerkschaften.** Der Stadtausflug des Evang. Arbeitervereins Groß-Stuttgarts glaubt mit schlecht verheißenen Vergnügen in der päpstlichen Epistel einen Anlaß gefunden zu haben, um gegen die christlichen Gewerkschaften zu gehen, indem er die Ansicht vertritt, daß für evangelische Arbeiter eine Mitarbeit in den christlichen Gewerkschaften immer weniger möglich sei, wenn nicht von dieser Seite angeht, der päpstlichen Rundgebung eine befriedigende Erklärung abgegeben werde. Man greift sich unwillkürlich an den Kopf und fragt, haben denn die christlichen Gewerkschaften die Engländer

erlassen oder veranlaßt? Man weiß hier nicht, soll man sich über die Mainität oder über die in der Entschloßenheit des Stadtausfluges liegende Heugerei wundern. Der angeblich gemäßigten neutralen evang. Arbeiterverein rumpelt die tatsächlich politische und konfessionell neutralen christlichen Gewerkschaften an, sie sollen in einer rein konfessionellen Frage Stellung nehmen! Sogar sagen diese Herren, die wirtschaftlichen Fragen hätten nichts mit dem Christentum zu tun und nun verlangen sie von einer allgemein christlichen Grundbesitzenden fuhenden Gewerkschaft, daß sie sich in interne konfessionelle Streitfragen mischen soll. Wenn Einrichtungen des gesamten Christentums und der evangelischen Kirche im besonderen von der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspresse aus lauterhafteste beschimpft werden, da haben wir den Stadtausflug noch nie seine Stimme dagegen erheben hören, noch weniger aber haben wir gefunden, daß er seine Mitglieder deshalb vor dem Eintritt in die freien Gewerkschaften gewarnt hätte, vielmehr ist, wie mündlich bekannt, das Gegenteil der Fall. Nun aber werden die aus evangelischen und katholischen Mitgliedern bestehenden christlichen Gewerkschaften für Handlungen des Papstes verantwortlich gemacht. Graf Derinbur, erklärt mit diesen Zwiespalt der Natur.

Wir wissen ja nun nicht, welche Antwort das hiesige Ortskartell der christlichen Gewerkschaften geben wird, so viel kann aber hier schon gesagt werden, daß die Handlungsweise des Stadtausfluges, die lebendig darauf berechnet ist, Unfrieden und Mißtrauen in den Kreisen der christlichen Gewerkschaften zu säen, in grellem Lichte zeigt, daß dieser Körperschaft entweder jedes Verständnis für die christlich-nationale Arbeiterbewegung fehlt oder daß ihr das nationale Verantwortlichkeitsgefühl vollständig abhanden gekommen ist.

Die evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften werden gegen etwaige Angriffe auf ihre Konfession an den hierfür geeigneten Stellen energisch Protest einlegen, aber niemals die christl. Gewerkschaften zum Tummelplatz konfessioneller Auseinandersetzungen machen. Dazu sind sie sich der Verantwortung gegenüber der gesamten deutschen Arbeiterschaft zu sehr bewußt.

Solange die württemberg. evangelischen Arbeitervereine aber für die christlichen Gewerkschaften nicht praktische Arbeit leisten wollen, dagegen aber bei jeder passenden unpassenden Gelegenheit mit vergifteten Pfeilen aus dem Hinterhalt schießen, gilt ihnen das Goethewort: „Tu nur das Rechte in deinen Sagen, Das andere wird sich von selber machen!“

**Sämtliche ortsüblichen Tagelöhne sind in Sachsen erhöht.** Im Laufe dieses Jahres sind die ortsüblichen Tagelöhne in allen Kreisbauernmannschaften Sachsens ganz bedeutend erhöht worden. Trodem herrschen über die Bedeutung dieser Frage noch viel Unklarheiten. So heißt es bei der Gemeinde-Franken-Versicherung § 6 Abs. 2: „Im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung an für jeden Arbeitstag ein Krankengeld in Höhe der Hälfte des ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher Tagelöhner.“ Hier kommen immerhin noch in Deutschland über eine Million Arbeitnehmer in Frage. Der ortsübliche Tagelohn spielt bei der Krankenversicherung eine große Rolle; ebenso in der Unfallversicherung. Man vergleiche nur § 10, sowie Festsetzung der Hinterbliebenen-Unterstützung. Von großer Bedeutung ist die Höhe der Sätze bei nahezu 5 Millionen Arbeitnehmern bei der Unfallversicherung. Im Arbeitsvertrag (Gewerbeordnung 124 b) kommt es auch darauf an, daß der Satz den bestehenden Verhältnissen entspricht. Bei den Unterstützungen während der militärischen Friedensübungen bestimmt das Gesetz vom 10. Mai 1892: Die täglichen Unterstützungen sollen betragen 30 Proz. des ortsüblichen Tagelohnes für die Ehefrauen, für die sonst Unterstützungsberechtigten 10 Proz., zusammen jedoch nicht mehr als 60 Proz. Aus vorstehenden Angaben ist zu ersehen, daß es eine dringende Notwendigkeit war, die gegenwärtigen niedrigen Sätze zu erhöhen. Diese Notwendigkeit haben die christlichen Gewerkschaften Sachsens rechtzeitig erkannt und haben am 10. September 1909 entsprechende Eingaben durch den Bezirksleiter Max Hiemlich, Leipzig, an sämtliche Kreisbauernmannschaften gemacht, sowie auch an das Königl. Ministerium des Innern. Die christlichen Gewerkschaften können sich dieses Erfolges freuen; die Arbeitnehmer Sachsens müssen erkennen, daß jedenfalls die christlichen Gewerkschaften alle berechtigten Forderungen mit großem Nachdruck vertreten. Sehr wundern muß man sich, daß bei dieser wichtigen Frage die sogenannten „freien“, „Kirch-„Dunderschen und gelben Gewerkschaften, wie auch die lat. Fachabteilungen und nationalen Arbeitsausschüsse einfach verjagt haben. Es wäre nur zu wünschen, daß alle Vorurteile in allen Kreisen der Bevölkerung gegen die christlichen Gewerkschaften schwinden. — Auskünfte usw. über die christlichen Gewerkschaften werden erteilt: Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Säch. (Weiss), Palmstr. 14. Sekretär F. Buchter, Erfurt, Albrechtstr. 31. Bezirksleiter Max Hiemlich, Leipzig, Zeugnisstr. 40 II.

**Der christliche Metallarbeiterverband Deutschlands** hält seine 6. Generalversammlung in den Tagen vom 3. bis 6. Juli in Duisburg ab. Vom Hauptortstand wird in einem 280 Seiten umfassenden Geschäftsbericht der Generalversammlung Rechenschaft abgelegt über die Tätigkeit des Verbandes. In der Einleitung behandelt der Bericht die wirtschaftliche Krise, welche auf die Gewerkschaftsbewegung ungünstig einwirkte. Dem zehn-jährigen Bestehen des Verbandes ist ein Kapital gewidmet, woraus zu ersehen ist, daß der Verband von 10 Wg. Wochenbeitrag bei seiner Gründung am 15. Oktober 1899 bis zur 5. Generalversammlung in München 1908 auf 60 beziehungsweise 90 Pfennig gestiegen ist. Entsprechend den Beiträgen wurden auch die Unterstützungen für die Mitglieder erhöht. In den 10 Jahren stehen einer Gesamteinnahme von 2717240 Mk. 1905117 Mk. Ausgaben gegenüber. Ueber eine Million Mark kamen davon ausschließlich den Mitgliedern in Form von Unterstützungen z. zugute. An Erwerbslosenunterstützung für Kranken und Arbeitslose zahlte der Verband in den letzten 2 1/2 Jahren mehr als 850000 Mark aus. Ueber 900000

Mk. Vermögen weist die Verbandskasse auf. Die wirtschaftliche Lage der Metallindustrie behandelnd gibt der Bericht ein Bild von den Gewinnen der Werke. Die Lohnverhältnisse in der Metallindustrie, die Syndikate und Kartelle, der Kampf der reinen und gemischten Werte, Arbeitgeberverbände, Arbeitsnachweise und gelbe Wertvereine werden ebenfalls eine Voreprechung unterzogen. Mit vielem Fleiß ist dann das Beitragswesen, die Mitgliederbewegung beruflich und nach dem Alter geordnet, sowie die Beteiligung von Alter und Beruf an den Austritten und die von diesen bezogenen Unterstützungen, statistisch bearbeitet. Für den, der das innere Leben und Weben der Gewerkschaften kennen lernen will, bietet sich in diesen Abschnitten eine reiche Fülle von Zahlenmaterial. Den Tabellen ist eine graphische Darstellung der Berechnungen beigegeben.

Das Unterstützungswesen ist ebenfalls für die Jahre 1908 und 1909 besonders behandelt. Nach Beruf, Dauer und Art der Krankheit sind in den Tabellen die Berechnungen niedergelegt. Das Alter und die Mitgliedschaftsdauer der Erkrankten findet sich hier verzeichnet und durch graphische Tabellen noch besonders erläutert. Für die Arbeitslosen ist in gleicher Weise eine Aufstellung gemacht. In einem weiteren Kapitel sind Streits- und Lohnbewegungen, Tarifwesen, Schlichtungsordnung für den Bereich bayerischer Metallindustrieller, Arbeiterschutz und Pensionskassenwesen behandelt. Der Bericht legt Zeugnis davon ab, daß im christlichen Metallarbeiterverband erstliche Arbeit geleistet wird. Ein Nichtmitglied wird der Bericht für 2 Mark von der Hauptgeschäftsstelle in Duisburg, Seitenstraße 19, abgegeben.

**Christliche Gewerkschaften und katholische Arbeitervereine.** Die west- und süddeutschen, sowie auch die dem Reichs-Verbandsverband angehörenden Vereine haben wiederholt auf ihren Delegiertentagen sich offen für die christlichen Gewerkschaften ausgesprochen im Gegensatz zu „Siz Berlin“. Auch die aus dem Verbande „Siz Berlin“ ausgetretenen Arbeitervereine der Diözese Culm, 9000 Mitglieder, nahmen auf ihrem Delegiertentag am Sonntag, den 29. Mai, in Danzig folgenden Antrag einstimmig an:

Der Delegiertentag hält nach wie vor die christlichen Gewerkschaften für die richtigen beruflichen Organisationen zur Lösung der wirtschaftlichen Fragen und empfiehlt allen organisationsfähigen Mitgliedern dringend, den christlichen Gewerkschaften beizutreten.

Dieser Antrag erhält noch eine besondere Bedeutung dadurch, daß der Diözesanprälat, Herr Generalvikar Domherr Schärmer, sowie die anderen Herren Prälaten diesem einstimmig zustimmen. Auch den ausgesperrten christlichen Bauhandwerkern sprach der Delegiertentag in nachfolgendem Beschlusse seine Sympathie aus:

„Der XI. Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine des Bezirkes Danzig spricht den durch die Aussperrung im Baugewerbe arbeitslos gewordenen christlich organisierten Bauarbeitern seine Sympathie aus und empfiehlt den Vereinen und den Mitgliedern, sich auch materiell an der Unterstützung der so hart Betroffenen zu beteiligen.“

Daß man es aber nicht nur bei Worten läßt, zeigt die rege Sammelaktivität in den genannten Vereinen.

**Arbeiter als Hilfsbeamte der Fabrikinspektoren.** Die Beteiligung von Arbeitern an der Aufsicht über die Durchführung der im Interesse ihres Berufsstandes getroffenen Schutzvorrichtungen ist in wahrnehmbarem Fortschreiten begriffen. Vor kurzem hat auch die sächsische Regierung im Reichsausschusse der zweiten Kammer bei der Beratung eines entsprechenden Antrags die Erklärung abgegeben, die Regierung sei bereit, falls der Landtag es beschließen sollte, in den nächsten Etat einen Betrag einzustellen, um die Heranziehung von Arbeitern zur Gewerbeinspektion zu verwirklichen. Und zwar denkt sich die Regierung die Sache so, daß jeder Gewerbeaufsichtsbehörde ein oder auch zwei Arbeiter beigegeben würden, die gemeinsam als Kontrollbeamte die Revision ausüben etwa in der Weise, wie es jetzt bereits durch die sächsischen Hilfskräfte der Gewerbeinspektion geschieht. Wenn die Regierung des Königreichs Sachsen sich also für die Heranziehung von Arbeitern bereit erklärt, so folgt sie hier einem Beispiel, das sich in Hessen voll bewährt hat. So schreiben eben wieder die hessischen Gewerbeaufsichtsbeamten in ihrem Jahresbericht für 1909: „Bei der Durchführung der Arbeiterchutzvorschriften, insbesondere in Bäckereien, Gast- und Schankwirtschaften, Maler-, Anstreicher- und Ladieregeschäften, in der Heimarbeit und ganz besonders bei der Durchführung des Kinderchutzgesetzes erwies sich die Mitarbeit der Beamten aus dem Arbeiterstande als sehr ersprießlich.“ In Bayern hat man Hilfsbeamte der Inspektion im Baugewerbe in der Person der sogenannten Bauaufseher. Detaillierter Aufsichtsbeamten aus dem Arbeiterstande sind hier augenblicklich 04 vorhanden. „Sie haben sich“, so heißt es im Bericht des Zentralinspektors für Fabriken und Gewerbe im neuesten bayerischen Fabrikinspektionsbericht für 1909, „von einzelnen Ausnahmen abgesehen, gut bewährt und zweifellos viel zur Beförderung des Arbeiterschutzes beigetragen. Besondere Mißbilligungen, von denen so häufig gesprochen wird, sind durch die Tätigkeit dieser als gemeinliche Aufsichtsbeamte zu betrachtenden Kontrollen nicht aufgetreten. Allerdings kommt es hierbei sehr viel auf die Auswahl geeigneter Persönlichkeiten an.“ Das Prinzip der Mitarbeit der Hilfsbeamten aus dem Arbeiterstande ist in Preußen durch die sogenannten Sicherheitsmänner im Bergbau anerkannt. Wenn man sich hier auch gegen die Beteiligung von Arbeitern an dem Gewerbeaufsichtsdienst noch sträubt, so beweist das nicht, daß dieser Widerstand dauernd zu sein braucht!

**Wahlresultat der christlichen Arbeiter in Duisburg.** Bei den hiesigen Gewerbeaufsichtswahlen fanden sich auf Arbeitnehmerseite vier Listen gegenüber. Im ganzen wurden 857 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die christlichen Gewerkschaften und katholischen Arbeitervereine 2907, auf die sozialdemokratische Richtung 1057, auf die Kirch-„Dunderschen Gewerkschaften mit span-

gelischem Arbeiterverein 944 und auf eine polnische Liste 249 Stimmen. Von den fünf zu wählenden Beisitzern erhalten die christlichen Arbeiter zwei, die Sozialdemokraten zwei und die Christ-Donnersch-Georgelischen einen Beisitzer. Die polnischen Sonderbündler gehen leer aus.

**Ein Beitrag zur sozial. Moral.** Wie sich die sozial. Redakteure Schimpfreisheit verschaffen, ergibt sich aus folgenden: Die „Mitteilungen des Bundes Deutscher Redakteure“ veröffentlichten kürzlich einen Kontrakt, den die Firma G. emoll u. Cie., Essen, Herausgeber der sozialdemokratischen „Arbeiterzeitung“, mit ihren Redakteuren abschließt:

„Herr Ostkamp tritt von neuem als Redakteur der „Arbeiterzeitung“ ein. Der Dienstvertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen, jedoch steht beiden Seiten eine nur an den Vierteljahrserkten zulässige Kündigung zum Schluss des Kalenderjahres zu. Herr Ostkamp hat Anspruch auf einen jährlichen Erholungsurlaub von drei Wochen. An Gehalt erhält Herr Ostkamp 1500 Mark, auszahlbar in monatlichen Raten von je 125 Mt. So lange Herr Ostkamp im Dienste der Firma G. emoll u. Comp. verbleibt, verpflichtet sich die Firma, dem Herrn Ostkamp, Josephine geb. Glunz, jährlich 1200 Mt., vom 1. November 1911 ab jährlich 1400 Mt. und vom 1. November 1913 ab 1500 Mt., zahlbar in monatlichen Raten, anzuzahlen. Die Zahlungen, die an Frau Ostkamp zu leisten sind, sollen ihr Vorbehaltungsrecht sein.“

„Wfo 1500 Mt. gelten als Gehalt, das andere erhält die Frau zu ihrem Verfügungsrecht. Bis zu dem Betrage von 1500 Mt. ist nämlich das Gehalt unpfändbar. Bringt nun der Redakteur auch die schlimmsten Verleumdungen gegen seinen Gegner und wird dafür am Gericht verurteilt, dann — dann hat der arme Teufel nichts, denn sein Gehalt ist unpfändbar und sein Eigentum — gehört auch vertraglich seiner Frau. Ostkamp gefand vor dem Gericht: „Ein solcher Vertrag werde mit allen Redakteuren abgeschlossen, um den Gegnern die Gelegenheit zu nehmen, Verleumdungslagen anzustrengen.“ Das ist die Moral der Leute, die vorgeben, die Menschen zur Wahrheit führen zu wollen. Unsere Kollegen müssen daraus ersehen, mit welcher Vorsicht sie die roten Schimpfereien und Übereien aufnehmen müssen.

**Ein orthodoxer Sozialdemokrat wendet sich von der Religion ab.** Das sozialdemokratische „Frauentum“ schreibt in seiner Nummer vom 18. Januar 1910 in einem Leitartikel über „Die Weltanschauung der Sozialdemokraten“ folgendes: „Vor allem ist (den Sozialdemokraten) ein gewisser Grad von naturwissenschaftlicher Bildung notwendig, die den Menschen gegen Glaubens- und Autoritätsglauben immun macht. Wohl haben wir in unserem Programm den Satz stehen, daß Religion Privatangelegenheit ist, tatsächlich aber kann niemand ein orthodoxer Sozialdemokrat sein, der die Gebote einer herrschenden Religion befolgt.“ Dieses Blatt gibt offensichtlich zu, daß die Sozialdemokratie mit dem Satz „Religion ist Privatangelegenheit“ die unchristliche Heuchelei treibt. Und da haben die „freien“ Gewerkschaften, die mit der Sozialdemokratie, nach dem eigenen Einverständnis, eins sind, immer noch die Dreifigkeit, christliche Arbeiter für ihre Verbände zu werden und Neutralität zu heucheln.

**Die im Lithographiegewerbe bei den Zwischenmeßern beschaffigten Geistes** nahmen, laut gegenwärtigen Bericht des „Vorwärts“, in einer Versammlung Stellung zu den gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Der Referent führte einleitend aus, daß die Privatlithographie (das ist die übliche Bezeichnung für die Zwischenmeßer) für das lithographische Gewerbe eine sehr brennende Frage schaffe, die nie aus dem Auge gelassen werden darf. Die Existenzmöglichkeit der Privatlithographen liege zu 90 Proz. in den Druckereien gegenüber der Lithographie in den Buchereien. Die Arbeitslosigkeit der vergangenen Jahre, die zeitweise 25 Proz. betrug, haben die Zwischenmeßer in weitgehender Weise berührt, um die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Die Preisdifferenz haben die Geistes zu tragen: was auch die Statistik beweist. In der Anstaltslithographie kommt ein Gehalt auf 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Gehältern; in der Privatlithographie schon auf 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Gehältern; die Lithographen in den Druckereien verdienen durchschnittlich pro Woche 33,50 Mt., die Geistes bei den Zwischenmeßern nur 29,95 Mt., also im Durchschnitt pro Woche 3,55 Mt. weniger. Die Privatlithographie mit ihren niedrigen Löhnen und vielen Verletzungen sei eine große Gefahr für den gesamten Beruf. Einzu kommen noch, daß fortgesetzt seitens der Zwischenmeßer versucht werde, die Abmachungen von 1906 zu durchbrechen. Es sei höchste Zeit, den Privatlithographen ein „Halt“ zu gebieten, wozu die Zeit anhängig sei.

Nach eingehender Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Lithographen der Berliner Privatlithographien protestieren auf das energischste gegen das fortwährende Bestreben vieler Inhaber lithographischer Ateliers, die an sich schon sehr ungünstigen Arbeitsverhältnisse noch weiter zu verschlechtern und die Abmachungen von 1906 zu durchbrechen.“

Die Versammelten erblicken darin eine große Gefahr für den gesamten Beruf und sind gewillt mit allen zu Gebote stehenden Mitteln sich gegen weitere Versuche zu wehren. Sie beantragen die Leitung des Verbandes, eine Bewegung zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Privatlithographien einzuleiten und dabei das Hauptgewicht auf die Besteuerung der Alfordarbeit und Erhöhung der Löhne zu richten, damit ein Ausgleich mit den Verhältnissen in den Anstaltslithographien herbeigeführt wird. Die Versammelten erwarten in ihrem Vorgehen die Unterstützung der gesamten Kollegenschaft.“

### Bekanntmachungen des Zentral-Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 26. Wochenbeitrag pro 1910 fällig.

Anträge zur Generalversammlung müssen bis längstens 2. Juli bei der Zentrale des Verbandes, Köln, Palm-

straße 14, eingereicht sein. — Jeder Antrag ist auf ein besonderes Blatt Papier, doch nur auf der Vorderseite beschriften, kurz und klar begründet, einzulegen.

Die Delegiertenwahl zur Generalversammlung hat allerorts am Sonntag, den 17. Juli zu erfolgen, im übrigen verweisen wir die Zählstellen auf die ihnen diesbezüglich zugegangenen Anweisungen.

Diejenigen Zählstellen, welche die für die ausgesperrten Bauarbeiter gesammelten Gelder und Listen noch nicht eingeliefert haben, werden dringend ersucht, dasselbe so gleich nachzuholen.

Der Zentralvorstand  
J. A.: Hornbach.

### Aus den Zählstellen.

**Nachen.** In der letzten Zeit hatten unsere Versammlungen sehr wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen. Der Besuch war ein sehr zufriedenstellender. Bei der vor kurzem einberufenen Generalversammlung stand auf der Tagesordnung: 1. Revision der Statuten, 2. Vorschlag eines Delegierten zum Verbandstage in Münster Westfalen, 3. Wahl eines 1. Vorsitzenden, 4. Verschiedenes. Als Anträge zum Verbandstage sind vorgeschlagen worden: 1. Nach achttägiger Krankheit die ersten 3 Tage mitzuberechnen, 2. Wiedereinführung der Reiseunterstützung von 1. Tage an. Als Delegierter zum Verbandstage wurde Kollege Engelbert Köbiger einstimmig vorgeschlagen. Kollege Hubert Köbiger, Vorsitzender, gab bekannt, daß er als Bezirksleiter soviel mit Arbeit überhäuft wäre, und deshalb den Posten als Vorsitzender niederzulegen wünsche. Dieser ausgesprochene Wunsch erweckte große Hebrachung und es wurde beschlossen, diesen Punkt auf der nächsten Versammlung zu erwägen. Sehr schöne Ermahnungen wurde seitens des Vorsitzenden an die Mitglieder gerichtet und mit vollem Beifall aufgenommen. Mit dem Appell noch zahlreicher zur Versammlung zu erscheinen, wurde die Generalversammlung gegen 12 Uhr geschlossen.

**M.-Gladbach.** Eines guten Besuches erfreute sich unsere am Sonntag, den 12. Juni einberufene, außerordentliche Generalversammlung. Galt es doch in dieser Versammlung die Anträge zum Verbandstage zu besprechen und zu formulieren. Es wäre daher sehr zu begrüßen gewesen, wenn die „Herren Mitglieder“, die fortgesetzt durch Abwesenheit glänzen, auch an den Beratungen teilgenommen hätten, damit sie nachher mit ihren Ansichten nicht allein stehen.

Nach der Besprechung der vom Vorstand ausgearbeiteten Anträge, wurden dieselben einstimmig von der Versammlung gutgeheißen.

Bei der Besprechung lokaler Angelegenheiten, wurde auch auf den bisherigen schlechten Versammlungsbetrieb hingewiesen. Um diesem Uebelstande abzuwehren, wurde beschlossen, eine Liste anzulegen, in der jeder Kollege, der zeitig in der Versammlung erscheint, seinen Namen einträgt. Durch dieses Verfahren soll es dem Vorstand möglich gemacht werden, die ewigen Versammlungsschwänzer kennen zu lernen, um zeitig auf sie einwirken zu können. Würden diese Zeilen sowie die Anlegung einer Liste der Versammlungsbesucher dazu beitragen, den Besuch der Versammlungen zu heben, dann wäre einem großen Uebelstande unter unseren Kollegen den Boden entzogen. Tue daher jeder an Versammlungstagen seine Pflicht, niemand fehle ohne bringende Entschuldigung.

### Literarisches.

**Die Wohnung des Arbeiters.** Arbeiter-Bibliothek, 12. Heft, 1. bis 10. Tausend, 68 Seiten 8°, Preis 40 Pf., postfrei 50 Pf. Verlag der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung GmbH, M.-Gladbach 1910.

Zufriedenheit, das Ziel allen sozialen Strebens, ist ohne Befriedigung der nächstliegenden Lebensbedingungen, vor allem auch der Wohnungsverhältnisse, undenkbar. In richtiger Erkenntnis dieses, zeigt vorliegendes Heft in musterghütiger Weise, wie sich auch der minderbemittelte ein gesundes, bequemes und schönes Heim schaffen kann. Bei großer Uebersichtlichkeit bringt es in gedrängter Form und einfacher Sprache alles, was auf Bauen, Wohnen, Wieten Bezug nimmt. Wir lernen die richtige Bewertung des Eigenheims und den Weg zu einem solchen durch die Baugesellschaft kennen, wir hören, welche Forderungen an Lage und Beschaffenheit der Wohnung gestellt werden müssen, wie Außen- und Innenhaus nach Anlage, Stil, Material und Schmuck zu behandeln sind, was man vom Hausrat, seiner Beschaffung und zweckmäßigkeit sowie Glüte und Schönheit wissen soll, was vom Zimmerschmuck und den Nebenbetrieben wie Viehhaltung, Werkstätten usw. bekannt sein muß. Besonders ist hier aber der Ausnutzung freien Umlandes zu Hausgärten gedacht, deren Anlage und Pflege. Ein weiteres wichtiges Kapitel behandelt Mieters Recht und Pflicht in klarer, sachgemäßer Darstellung, und zum Schluß wird mit seinem Verständnis die Pflege der Hauslichter, das Geheimnis des glücklichen Familienlebens, besprochen. Gutes Inhaltsverzeichnis und gleichwertiges Sachregister ermöglichen schnelles Auffinden interessierender Fragen.

Das Werkchen wird zweifellos in Kürze seinen Weg machen, denn es bringt in der Tat eine seltene Fülle von praktischen Belehrungen und Vorschlägen, und zwar nicht nur für den Arbeiter, sondern für jedermann, insbesondere für den kleinen Beamten und Bürger. Und betreffs der Fehlung des guten Geschmacks dürfte es auch den wirtschaftlich Befestigten manches zu sagen haben.

**Die Streitversicherung in Deutschland und Frankreich.** Von Dr. G. Gorman (Soziale Tagesfragen 36. Heft) 48 Seiten. M.-Gladbach 1910, Volksvereins-Verlag, 60 Pf., postfrei 70 Pf.

Wie bei den Gewerkschaftsorganisationen die Streitunterstützung das Rückgrat des Zusammenschlusses ist, so bei den Arbeitgeberorganisationen die Streitversicherung. Bei der zentralen Bedeutung, die so die Streit-

versicherung für die Arbeitgeberorganisationen hat, muß es eigentlich wundernehmen, daß sie bisher in der Literatur eine tiefere, ausführliche und selbständige Behandlung noch nicht erfahren hat. Und doch gehen die letzten Versuche einer Streitversicherung bis ins Jahr 1872 zurück. Zu einer nachhaltigen, systematischen Kristallisation und durchschlagenden Verwirklichung des Gedankens kam es allerdings erst seit der infolge des Grimmschauer Streits (Winter 1903/04) herbeigeführten Zentralisation der deutschen Arbeitgeber in den zwei Nischenverbänden: „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ und „Verein deutscher Arbeitgeberverbände“. Dieser gewaltigen Zusammenschmelzung der deutschen Arbeitgeber und der inneren noch in Fluß befindlichen Ausgestaltung der Organisation hat seitdem die Öffentlichkeit ein von Jahr zu Jahr gesteigertes Interesse entgegengebracht. Deshalb wird auch die vorliegende Schrift sicherlich in den Arbeiter- und Arbeitgeberkreisen als eine seit langem entbehrliche vortreffliche Orientierung über den bisher nur spärlich beleuchteten Kernpunkt der Arbeitgeberorganisationen mit Freuden begrüßt werden. In knapper, sachlicher und durchsichtiger Darstellung orientiert der Verfasser nacheinander über: Die geschichtliche Entwicklung der Streitversicherung (1872 bis 1904) (nach 1904); Die Praxis der Streitversicherung in Deutschland und Frankreich; Die Bedeutung der Streitversicherung in Deutschland und Frankreich vom Standpunkte der Versicherungsbedeutung und der Volkswirtschaft. Zur ergänzenden Uebersicht über die Arbeitgeberverbände überhaupt sei auf die ebenfalls im Volksvereins-Verlag erhältliche Broschüre: Arbeitgeberverbände, Ein Uebersicht über ihre Geschichte, Organisation und Tätigkeit (20 Pfg.) verwiesen.

### Versammlungskalender.

- Versammlungen finden statt:
- Nachen. Jeden 2. Samstag im Monat im Lokale Blum. Anfang punkt 9 Uhr.
  - Augsburg. Jeden 1. Sonntag im Monat vorm. punkt 10 Uhr im Vertretersaal der christl. Gewerkschaften.
  - Barmen. Jeden 4. Samstag im Monat, im Restaurant Daniels, Schussardstr. 23.
  - Berlin. Montag, den 27. Juni, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr im Schul-Festsaal, Am Königsgraben 14 a, Vortrag: Erscheinen Ehrenpflicht.
  - Bonn. Montag, den 27. Juni, abends 7 Uhr. Restaur. Deutscher Hof, Clemens-Auguststr. 1. Etage. Vortrag des Zentralkassierers Puppert, Köln.
  - Donaueschingen. Jeden 1. Samstag im Monat im Vereinslokale Karl Köhner, Scharfes Eck.
  - Düsseldorf. Jeden 1. Samstag im Monat abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr im St. Paulushaus, Luisenstr. 39—35.
  - Frankfurt. Jeden 1. Dienstag im Monat. Versammlungslokal: „Goldene Jang“.
  - Freiburg. Im Vertretersaal der christl. Gewerkschaften, Brancieri Gantler, Schiffstraße, alle 14 Tage nach Erscheinen der Zeitung.
  - Gengenbach (Schwarzwald). Jeden ersten Sonntag im Monat, vorm. 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr im Verbandslokale (Peter).
  - Jagen. Samstag, den 25. Juni bei W. Eckhoff, Körnerstraße 17.
  - Köln. Samstag, den 25. Juni, Versammlung im Verbandslokale, „Dreieck“, Arestgasse. Erscheinen Ehrenpflicht.
  - Kempten, Allgäu. Samstag, den 9. Juli.
  - Kendersdorf. Jeden 3. Sonntag im Monat abwechselnd in Kreuzau und Kendersdorf.
  - München. Dienstag, den 28. Juni Versammlung im Jägergarten Jägerstr. Referent Dr. Schiela. Erscheinen Ehrenpflicht.
  - Münster i. W. Jeden Samstag nach Erscheinen der Zeitung bei Gastwirt W. Kape, Clemensstr. 31.
  - Nürnberg. Jeden 8. Samstag im Monat.
  - Regensburg. Jeden 2. Samstag im Monat in der Jakobinerstraße.
  - Straubing. Jeden letzten Samstag im Monat im Verbandslokale Münchener Hof.
  - Würzburg. Samstag, den 25. Juni.

### Köln.

Sonntag, den 26. Juni, Ausflug nach Brühl-Nierberg. Um starke Beteiligung der Kollegenschaft wird gebeten. Der Vorstand.

### Düren.

Der am 26. Juni nach der Thalperre geplante Ausflug, ist auf Sonntag, den 10. Juli verschoben. Um zahlreiche Beteiligung der Kollegen umliegenden Zählstellen wird gebeten. Der Vorstand.

Die Adresse des Kassierers und Unterstützungszahlers für Regensburg lautet künftig: Jfidor Wegmann, Regensburg, Wollgangstr. 1./0.

2 Goldene Medaillen. 1 Meisterschaftspreis, 10000

**Stoewer**

Die Eroberin der Welt.

**Bernh. Stoewer A.G. Stettin. 2000 Arbeiter**

General-Vertreter für Rheinland und Westfalen: Joh. Gerlach, Köln a/Rh., Hohestr. 134 a.